

Bundesministerium für Integration?

Eine Studie wägt die Vor- und Nachteile eines neuen Querschnittsressorts ab / Von Heike Schmolle

BERLIN, 9. März Herumirrende Menschen und herumirrende Akten, doppelte Registrierungen, mangelnde Behördenkommunikation, ein komplexes System von Zuständigkeiten auf Bundes- und Länderebene, das sind die verwaltungstechnischen Hürden, von denen jeder Flüchtling mehr oder weniger beredt erzählen kann. Der Zustrom von Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten ist seit 2014 erheblich angestiegen. Die ankommenden Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigten müssen nicht nur kurzfristig untergebracht werden, sondern auch versorgt und integriert werden, denn die meisten von ihnen bleiben.

Für die einzelnen Teilaufgaben der Migration und der Integration sind diverse Behörden auf den verschiedenen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – zuständig. Dies führt nicht nur zu Problemen im Rahmen der eigentlichen Zuständigkeitsabgrenzung, sondern auch im Bereich der Kommunikation und Kooperation der Behörden untereinander. Hinzu kommt ein erheblicher Kostenaufwand.

In einer Studie im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland hat der geschäftsführende Vorstand des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften an der Universität Kiel, der Jurist Christoph Brüning, daher vorgeschlagen, über ein neues Ministerium für Integration nachzudenken. Das könne die Gesellschaft für Integrationsfragen sensibilisieren, sagte er bei der Vorstellung der Studie in Berlin. Brüning weiß, dass es ein „Superministerium“, das alle Aufgaben bündelt, schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht geben kann, er hält es auch nicht für wünschenswert. Allerdings sieht er einen Vorteil darin, dass ein solches Ministerium – im Unterschied zur Integrationsbeauftragten, die im Kanzleramt angesiedelt ist – auch Gesetzentwürfe vorbringen könne. Vergleichbar sei das nach der Tschernobyl-Katastrophe eingerichtete Bundesumweltministerium. „Heute gilt Deutschland als Weltmeister im Umweltschutz, und genau diese Dynamik brauchen wir auch beim Thema Integration“, sagte der Geschäftsführer der Vodafone Stiftung

Mark Speich. In ähnlicher Perspektive wie das Umweltministerium sehen die Verwaltungswissenschaftler das Bundesbildungsministerium, das in unterschiedlichen Ressortzuschnitten über die Legislaturperioden einen beträchtlichen Zuwinn an Bedeutung zu verzeichnen hat – etwa durch die Exzellenzinitiative, die unter anderem mit der knappen Finanzlage der Länder gerechtfertigt wurde.

Angesichts der bevorstehenden Wahlen in verschiedenen europäischen Ländern und des Brexit-Votums sei es möglicherweise auch nötig, Regelungen für inereuropäische Migration zu finden, sagte Brüning, der in einem Integrationsministerium eine Überführung des „Wir schaffen das“ in ein substantielles Integrationsprogramm sieht. Aber es gebe auch noch andere Möglichkeiten, die Administrationsprobleme bei der Integration zu lösen. So werden in der Studie auch sogenannte Shared Service Center erwogen, die in Gestalt einer öffentlich-rechtlichen Anstalt gegründet werden könnten. Ein „Shared Service Center“ mit Sachentscheidungsgewalt für Angelegenheiten des Bundes und der Länder wäre derzeit nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht zulässig. Da die Querschnittsthemen Migration und Integration die unterschiedlichsten Lebensbereiche und ein großes Finanzvolumen umfassen, wäre das Shared Service Center als bloße Koordinierungsbehörde vermutlich nur ein zahnlöser Tiger.

Verfassungsrechtlich und organisatorisch ganz unproblematisch wäre dagegen, die Koordinierungsstelle auch bei einer neuen Bundesregierung im Bundeskanzleramt anzusiedeln. Da dem Bundeskanzler das sogenannte „materielle Kabinettsbildungsrecht“ zustehe, habe er das Recht, Bundesminister vorzuschlagen, die vom Bundespräsidenten ernannt werden. Damit ist nicht nur die Errichtung bestimmter Ministerien verbunden, sondern auch die Abgrenzung der jeweiligen Zuständigkeiten der einzelnen Ministerien.

Die Einrichtung einer dauerhaften Koordinierungsstelle für Migrations- und In-

tegrationsfragen auf Bundesebene ließe die vorhandene Ressortverteilung (Bundesinnenministerium, Arbeitsministerium) unangetastet. Allerdings sehen die Forscher in einer solchen Koordinierungsstelle im Bundeskanzleramt eher eine Ad-hoc-Lösung, wie sich am derzeitigen Status des Flüchtlingskoordinators der Bundesregierung, Peter Altmaier, zeige, der neben dieser Funktion zahlreiche andere Aufgaben im Kanzleramt wahrzunehmen habe – und von Beginn an mit dieser Aufgabe in Konkurrenz zum Bundesinnenministerium stand.

Die Sympathie der Forscher für ein eigenes Ministerium, das der Migrationsforscher Klaus Jürgen Bade in den achtziger Jahren schon einmal vorgeschlagen hat, ist eindeutig. Brüning rät dazu, die Zuständigkeiten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) und der Bundesagentur für Arbeit zu belassen, von einer Integration in ein Ministerium hält er nichts. Ob das Ministerium zumindest eigene Zuständigkeiten etwa für das Ausländer- und Aufenthaltsrecht erhalten solle, sei eine Sache der politischen Aushandlung. Mit oder ohne Integrationsministerium könne man sich vor der Aufgabe der Integration nicht wegducken, „egal wer das Land regiert in der nächsten Legislaturperiode“, sagte der Jurist und Verwaltungswissenschaftler.

Der Widerspruch von politischer Seite folgte umgehend. Die Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Cemile Giousouf, sagte: „Unser Land braucht keine neuen Ministerien. Die Menschen erwarten Politiker, die klare Ziele haben, Probleme lösen und eine effiziente Verwaltung gewährleisten.“ Ein neues Ministerium trage dazu nichts bei. Integration sei eine Querschnittsaufgabe. Sie müsse in allen Lebensbereichen gefördert werden und deshalb in allen Ressorts verankert sein. Schon 2005 habe Bundeskanzlerin Angela Merkel das Thema Integration direkt im Kanzleramt angesiedelt und damit die zentrale Koordinierung des Querschnittsthemas sichergestellt. Wegen unzureichender Zuständigkeiten stehe ein Integrationsministerium eher in der Gefahr, das zentrale Thema Integration zu schwächen, statt es zu stärken, kritisierte Giousouf.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 10.03.2017 Urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten